

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, wendet sich gegen die Instrumentalisierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen für die Innenpolitik: Gefährliches Spiel. Seite 1

Peter Glotz MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, kommentiert die CSU-interne Kritik am bayerischen Ministerpräsidenten wegen dessen Bewilligung des Milliarden-Kredits für die DDR: Strauß' Doppelcharakter. Seite 3

Klaus Lennartz MdB weist auf die Gefahren für Jugendliche durch die Video-Flut hin: Verlust des Realitätssinns. Seite 4

Fritz Riege MdL, Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover, befaßt sich am Beispiel Celle mit dem gefährlichen Zusammenspiel zwischen CDU-Spitze und Rechtsextremisten: Wachsam bleiben. Seite 6

38. Jahrgang / 127

7. Juli 1983

Die Union wuchert mit Vorurteilen

Das gefährliche Spiel um die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Der Düsseldorfer Landtag hat gestern die Ereignisse in Krefeld beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten debattiert. Scharfmacher von CDU und CSU in Bonn haben versucht, dabei zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Der SPD den Stempel des Anti-Amerikanismus aufzudrücken und eine öffentliche Stimmung für die Verschärfung des Demonstrationsrechts zu schaffen.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen werden von CDU und CSU in immer höherem Maße zu einem Knüppel der innenpolitischen Auseinandersetzung gemacht. In einem Punkt hat sich allerdings die Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion klar von einem Ablenkungsmanöver der Bonner CDU/CSU-Strategen distanziert, nämlich von der Rücktrittsforderung gegenüber dem nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor.

Kohl und Zimmermann, Spranger und Schäuble wäre eine dramatische Rücktrittskampagne in Düsseldorf natürlich höchst willkommen gewesen. Der Bundeskanzler hat nach besten Kräften versucht, den Boden für eine solche Aktion vorzubereiten. Er hat erklärt, die Krawalle in Krefeld hätten verhindert werden können, wenn man es gewollt hätte. Um die wirklichen Urheber der Ausschreitungen geht es ihm nicht.

Diese Tatsachenvverdrehung hat Methode. Im Kanzleramt spielt man sich ohnehin unter Hinzuziehung amerikanischer Kronzeugen gerne Bälle zu, die das innenpolitische Klima in der Bundes-



republik anheizen sollen. Eine Schlüsselrolle dabei spielt Richard Allen, der am vergangenen Wochenende, konzertiert in der "Berliner Morgenpost", in der "Welt" und in "Bild am Sonntag", im Zusammenhang mit den Krefelder Ereignissen schwere Vorwürfe gegen Egon Bahr erhoben hat. Allen wurde dabei als Präsident der "German-American Tricentennial Foundation" präsentiert, um ihm im Zusammenhang mit Krefeld möglichst große Autorität zu verleihen. In Wirklichkeit ist derselbe Richard Allen schon vor dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten als Koordinator für die 300-Jahr-Feier abgelöst worden. Richard Allen hat sein Amt als Koordinator dazu benutzt, im Zusammenhang mit den 300-Jahr-Feiern in Krefeld eine ganz andere innenpolitische Kampflinie aufzubauen, nämlich bei dieser Gelegenheit den "Krefelder Appell" zu bekämpfen und eine möglichst starke Politisierung des Bush-Besuchs zu bewirken. Daß es in Krefeld überhaupt zu einer Gegendemonstration gekommen ist, ist nicht zuletzt auf provokatorische Äußerungen von Allen vor dem Bush-Besuch zurückzuführen.

Richard Allen hat einen ausgesprochen guten Draht zum Kanzleramt. Er ist eine Art Vorkämpfer gegen alles, was in der Bundesrepublik und anderswo auf der politischen Linken beheimatet ist, und er war entscheidend daran beteiligt, die "Schwarze Internationale" aus der Taufe zu heben.

Die Instrumentalisierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen für den innenpolitischen Machtkampf in der Bundesrepublik - und das ist in Krefeld sehr deutlich geworden - ist ein gefährliches Spiel. Es ist höchste Zeit, daß CDU und CSU dieses bössartige Spiel aufgeben, denn mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen hat das alles wenig zu tun. Hier wird zum rücksichtslosen politischen Kampf geblasen, der schweren Schaden für den inneren Frieden der Bundesrepublik befürchten läßt.

(-/7.7.1983/ks/va)

+ + +



Strauß ist vom Seil gestürzt

Der Balanceakt, die DDR zu beschimpfen und ihr Geld zu geben, konnte nicht gelingen

Von Peter Glotz MdB
SPD-Bundesgeschäftsführer

Der Konflikt, der in der CSU um die Gewährung des Milliarden-Kredits an die DDR jetzt offen aufgebrochen ist, was bekanntlich nicht zu den Alltäglichkeiten dieser Partei gehört, belegt: Es sind nicht nur die Wähler der CSU, die sich von Herrn Strauß hereingelegt fühlen können, es sind sogar diejenigen, die als Abgeordnete und Funktionäre der Partei innig an das geglaubt haben, was Strauß ihnen seit Jahr und Tag gegen die Entspannungs- und angebliche Vorleistungspolitik der Sozialdemokraten vorgebetet hat, die sich jetzt bitter getäuscht sehen.

Deutlicher als es der Abgeordnete Handlos seinem Vorsitzenden schriftlich gab, braucht man es kaum zu formulieren: Der CSU-Vorsitzende hat "jahrzehntealte Grundsätze" über Bord geworfen, an denen zu zweifeln er zuvor niemandem in den eigenen Reihen gestattet hätte. Dies ist schon ein Musterbeispiel der Strauß'schen Unberechenbarkeit und - man muß es so sagen: einer Prinzipienlosigkeit, mit der allerdings nicht er allein in der gegenwärtigen Bonner Koalition zu kämpfen hat.

Die Art und Weise, wie die Herren Stoiber und Wiesheu auf die parteiinterne Kritik an ihrem Herrn und Meister reagieren, ist entlarvend: Wie sie versuchen, den Bankkredit an Ost-Berlin als ein geschäftliches Meisterstück herauszustreichen und dieses gegen die "offene Sprache" des CSU-Chefs gegenüber der DDR auszuspielen, mit der er in Wahrheit auf gefährliche Weise Emotionen aufzurühren pflegt, dies ist eine Dialektik, die selbst geschulten Marxisten imponieren könnte. So ist das halt in patriarchalisch geführten Parteien, wenn sie politische "Wenden" nicht diskutieren, sondern vollziehen wollen.

Im Falle Strauß und der DDR haben wir es allerdings nicht nur mit einer "Wende", sondern mit einem politischen Slalom ohnegleichen zu tun: Auf der einen Seite versucht er Anschluß zu finden an eine realistische Politik gegenüber der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten, weil er dies braucht, um doch noch in Bonn landen zu können, was nach wie vor sein Streben ist. Auf der anderen Seite will er mit rechts-populistischen Sprüchen sein Wählerpotential bei der Stange halten. Es ist der alte Doppelcharakter von Strauß, der zum Vorschein kommt und ihn seit Jahrzehnten über die Provinz-Streife hinaushebt: Seine Fähigkeit, gleichzeitig plebejisch-populistisch den "kleinen Mann" anzusprechen und die Herrschaftsinteressen der Großen zu vertreten. Nur: Diesmal hat er die Balancestange verloren und ist vom Seil gefallen.

(-/7.7.1983/ks/va)

+ + +



Die Video-Flut wird zu einer Gefahr

Es droht eine Verschiebung des Realitätssinns bei vielen Jugendlichen

Von Klaus Lennartz MdB

Die raue Video-Wirklichkeit habe ich zum ersten Mal während einer Veranstaltung der Schulpflegschaft der Frechener Hauptschule Herbertskaul erlebt. Die dort gezeigten Filmausschnitte waren von unvorstellbarer Brutalität und Grausamkeit. Und die bluttriefenden Horrorstreifen flimmern keineswegs selten über bundesdeutsche Mattscheiben: Da fast die Hälfte aller ausgeliehenen Filme in die Programmkategorie "Horror, Krieg, Action" fallen, werden monatlich rund fünf Millionen Gewaltfilme ausgeliehen.

Die Ekelkassetten finden demnach cirka 15 Millionen Zuschauer pro Monat - rund ein Achtel der Bundesrepublikaner konsumiert also schon heute Widerliches per Knopfdruck. Mit steigender Tendenz: Denn die Video-Zukunft leuchtet blutrot. Ist heute mit 2,5 Millionen Video-Haushalten eine Marktsättigung von zehn Prozent erreicht, so rechnen Branchenprofis mit einer Verdreifachung bis 1986.

Zur Eindämmung der Horrorflut setze ich auf zwei Punkte: Aufklärung der Konsumenten und stärkere gesetzliche Auflagen. Die große Betroffenheit und das Engagement der Frechener Schulpflegschaft läßt mich vermuten, daß ähnliche Veranstaltungen in anderen Schulen das Problembewußtsein von Eltern verstärken können. Denn oft fungieren Eltern als Besitzer der Videorekorder und Ausleiher der Filmkassetten.

In Briefen an den Kölner Regierungspräsidenten und den nordrhein-westfälischen Kultusminister habe ich deshalb darum gebeten, durch verstärkte Aufklärung und Fortbildung von Eltern den sadistischen Machwerken Einhalt zu gebieten. Kultusminister Girgensohn soll außerdem die Kultusministerkonferenz damit be- fassen sowie eine Gesetzesinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zur Ein- richtung einer Selbstkontrolle der Video-Branche prüfen. Denn eine Freiwillige Selbstkontrolle wie beim Kinofilm gibt es im Video-Geschäft noch nicht.



Im Gegenteil: Die Produzenten der Ekelschocker lassen nichts unversucht, um ihre Streifen mit einfachen Tricks am heißumkämpften Markt zu halten. Kaum ist ein Film von der völlig überlasteten Bundesprüfstelle "indiziert", das heißt auf die Verbotsliste gesetzt, so erscheint er kurze Zeit später ungeschnitten und unter anderem Titel wieder in den Regalen der Verleiher.

Wirksamer Verbraucherschutz sehe ich auch in einem Angebot wertvoller Video-Filme in den Stadtbüchereien. Video-Kassetten in der Stadtbücherei können dem förderungswürdigen Einsatz der Videotechnik eine gute Grundlage schaffen.

Eins steht jedoch am Anfang aller Besserung: Wer Sado-Schocker konsumiert, muß die verheerenden Folgen für sich und seine Kinder kennen. Denn die Dauerbesetzung mit Horrorstreifen kann zu einer Verschiebung des Realitätsbewußtseins führen. Die Erftkreis-Kripo hat dafür bereits ein Beispiel parat:

Während ihrer Vernehmung nannten zwei Jugendliche, die eine Frau vergewaltigt hatten, einen der besagten Video-Streifen als "Anregung" für ihre Tat...

(-/7.7.1983/ks/va)

+ + +



Das Beispiel Celle

Gefährliches Zusammenspiel zwischen CDU-Spitze und rechtsextremem Stahlhelm

Von Fritz Riege MdL

Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover

Als zum ersten Male die Nachricht durch das niedersächsische Celle gelisterte, daß eine der Totengräberorganisationen der Weimarer Demokratie - der 1951 wieder-gegründete sogenannte Frontkämpferbund Stahlhelm - seine Bundestagung in unserer Stadt abhalten wollte, gab es zunächst mehr staunendes Erschrecken. "Gibt's denn den überhaupt noch?" "Was wollen die alten Opas bei uns?" "Sind da auch junge Leute dabei?" So ähnlich lauteten die ersten Fragen und zunächst plädierten viele dafür, unsere Stadt erst gar nicht in Verruf zu bringen und den Mantel des Schweigens über die Unbelehrbaren von gestern zu breiten.

Dann aber hagelte es immer neue Meldungen. Der Stahlhelm wollte mit mehr als 300 Leuten, darunter vielen Jungstahlhelmen und Ehemaligen aus der wallonischen SS-Division aus Belgien, eine Veranstaltung im Großen Saal der städtischen Betriebe mitten im Zentrum der Stadt durchführen. Anschließend plante er eine öffentliche Kranzniederlegung vor dem Schloß. Der Stahlhelm wollte, so hieß es, nicht nur auf seine stolze Vergangenheit zurückblicken, sondern auch deutlich machen, daß er in der Jugend ein breites Echo finde. Daraufhin beantragte die SPD-Ratsfraktion, dem Stahlhelm keine städtischen Räume zu vermieten und ihn auch nicht - wie sonst bei willkommenen Gästen üblich - mit einem Grußwort der Stadt zu empfangen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und Wählergemeinschaft abgelehnt. Erst jetzt wurde uns langsam klar, was schon alles vor sich gegangen war.

Offenbar hatten sich die CDU-Spitzen der Stadt, Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor, bereits mit dem antidemokratischen Fossil und dessen Überbleibseln aus der Zeit nach 1918 arrangiert. Das Grußwort, ein einziges Loblied auf den Stahlhelm, war bereits geschrieben und erschien auch im Programmheft. Außerdem kündigte der CDU-Oberbürgermeister an, sein Grußwort auch noch persönlich überbringen zu wollen. Jetzt reihten sich in Sorge um den Ruf unserer Stadt, die in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen liegt, auch Kirchenmänner, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und viele junge Leute sowie die Grünen in den Protest von SPD und Gewerkschaften ein. Parlamentarische Anfragen wurden im Landtag gestellt, Leserbriefe zur Aufklärung der Bevölkerung über die Koalitionsgenossen Hitlers wurden geschrieben und, auch die Antworten des Bundesinnenministers über verfassungsfreundliche Bestrebungen des Stahlhelm in Rheinland-Pfalz wurden verbreitet.

Zwei größere Protestkundgebungen fanden statt. Einmal unter dem organisatorischen Dach des DGB und zum zweiten unter dem der Friedensbewegung. Sie fanden statt ohne Konfrontation mit den Rechtsextremisten, wohl aber in heller Empörung über den Celler Oberbürgermeister, der den Protest der christlich-jüdischen Gesellschaft als heuchlerisch, intolerant und aus der linksradikalen Ecke kommend öffentlich abgetan hatte. Lediglich außerhalb der Demonstrationen suchte eine angereiste, sogenannte "autonome" Gruppe die Auseinandersetzung mit der Polizei. Insbesondere dem besonnenen Verhalten der Demonstranten und der Polizei ist es jedoch zu verdanken, daß es insgesamt beim friedlichen Protest blieb, obwohl einzelne Stahlhelmeute mit rechtsextremistischen Verkleidungen (SS-Mützen mit Totenkopf) provozierten. Nach einem Tag rollten die Veranstalter ihre Fahnen ein, und der Oberbürgermeister wurde von der Polizei bekniert, sein Grußwort nicht persönlich noch einmal aufzugeben.



Gelernt haben wir, daß auch in Zukunft solche Zusammenspiele zwischen CDU und Rechtsextremisten nicht mehr ausgeschlossen erscheinen. Der Celler Spuk zeigt, daß mancher ewig Gestrige seinen Helm schon wieder aufgesetzt hat, und daß die CDU dieses Treiben wohlgefällig und mit Sympathie begleitet.

Die eigentliche Chuzpe liegt darin, daß man zunächst einmal die Provokation der Rechtsextremisten als harmlos zuläßt und danach den Sturm der Demokraten als kommunistisch, linksradikal und aus dem Ostberliner Büro für Desinformation kommend (so der Originaltext von Celles CDU-OB an die christlich-jüdische Gesellschaft) verunglimpft. Schuld am Krawall und an den Schrecknissen der verängstigten Bürger sind dann nicht die rechten Urheber, sondern die linken Protestierer. Der eigentliche politisch Schuldige, nämlich der CDU-Schirmherr über den Stahlhelm, hat sogar noch die Stirn, die SPD und den DGB als Unruhestifter zu orten. Erst wird die Zeitgeschichte (auch die von Weimar) so verbogen, daß aus waschechten Antidemokraten harmlose Zeitgenossen gemacht werden. Dann zeigt man mit dem Finger auf den demokratischen Protest. Solche Abläufe werden uns in Zukunft öfters herausfordern.

Wir müssen wachsam sein und bleiben! Das merkliche "Nach-Rechts-Kippen" unserer Republik hat ähnliche, aber eben nicht nur ähnliche Gesichter wie in Weimar. In den Reaktionen auf die Arbeitslosigkeit und das Hinstellen der Ausländer als Sündenböcke erkennen wir die gleichen Züge. Andere Züge zeigen sich in der grün-violetten Innerlichkeit neuer Jugendsekten und auch bei neuen, sozialpsychologisch sehr komplizierten Mechanismen zwischen Rechtsextremisten und bravem Kleinbürgertum.

(-/7.7.1983/ks/va)

+ + +

